



OXFAM HINTERGRUND

SPERRFRIST: 6. JULI 2017, 10:00 Uhr

Zeit für Lösungen

Soziale Ungleichheit, Klimawandel, Hungerkrisen: Welche Probleme die G20 in Hamburg anpacken müssen

Der Hamburger G20-Gipfel findet zu einer Zeit statt, in der globale Bedrohungen sich mehr und mehr zuspitzen: Die weltweite soziale Ungleichheit verschärft sich zusehends und schließt Millionen Menschen von Bildung, Gesundheitsversorgung und gesellschaftlicher Teilhabe aus. Der Klimawandel ist bereits in vollem Gange und schürt Armut, Hunger und Konflikte. Bis 2030 könnte er weitere 100 Millionen Menschen in die extreme Armut zwingen. Ganz akut drohen im Südsudan, Jemen, Nigeria und Somalia verheerende Hungersnöte, insgesamt sind mehr als 30 Millionen Menschen betroffen.

Gleichzeitig herrscht in der internationalen Gemeinschaft ein Klima gegenseitiger Lähmung und allgemeiner Unzuständigkeit. Appelle zur Eindämmung menschengemachter Krisen verhallen ebenso wie Aufrufe zur Bereitstellung von Nothilfe. US-Präsident Donald Trump kehrt dem Pariser Klimaabkommen den Rücken, und die Staats- und Regierungschefs der G7 waren auf ihrem Treffen in Taormina vor allem damit beschäftigt, Probleme zu ignorieren.

Umso mehr sind jetzt die G20 gefragt, die politischen Weichen richtig zu stellen. Ob sich die Lebensverhältnisse der in Armut lebenden Menschen, von denen etwa die Hälfte in G20-Ländern zu Hause ist, in den kommenden Jahren verbessern oder verschlechtern, ob die soziale Ungleichheit und Armut zu- oder abnehmen, ob die Welt dem Klimawandel mit konkreter Politik entschieden entgegentritt, hängt wesentlich von der Politik der G20-Länder ab. Denn die G20 repräsentieren 90 Prozent der globalen Wirtschaftskraft, 80 Prozent des Welthandels und zwei Drittel der Weltbevölkerung.

Die Mindestanforderungen an die Ergebnisse dieses Gipfeltreffens sind:

- Die Regierungen der G20 müssen sich auf einen Aktionsplan gegen die wachsende soziale Ungleichheit verständigen. Eine global gerechte Steuerpolitik ist dabei unabdingbar. Steuergerechtigkeit heißt auch, dass sich multinationale Konzerne und reiche Einzelpersonen angemessen an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligen. Dafür brauchen wir Maßnahmen gegen den ruinösen Steuerwettbewerb, effektive schwarze Listen, die helfen, Steueroasen

trockenzulegen, internationale Mindeststeuersätze für Unternehmen und öffentliche länderbezogene Berichterstattung der Konzerne über Gewinne und darauf gezahlte Steuern. Auch Investitionen in öffentliche und soziale Infrastruktur sind notwendig, etwa durch höhere Beiträge zur *Global Partnership for Education (GPE)* und die *Education Cannot Wait Initiative*. Schließlich müssen die Industrieländer unter den G20-Staaten sicherstellen, dass 0,7 Prozent ihres Bruttonationaleinkommens (BNE) in Entwicklungshilfe fließen.

- Außerdem muss die Wirtschaftspolitik konsequent auf die Bekämpfung sozialer Ungleichheit ausgerichtet werden, statt wahllos Privatinvestitionen anzuheizen. Die G20 müssen die wirtschaftlichen Chancen gerade auch ärmerer und marginalisierter Menschen erhöhen, die Rechte und Möglichkeiten von Frauen, sich wirtschaftlich zu betätigen, stärken und Handlungsspielräume für eine faire und nachhaltige Wirtschaftspolitik afrikanischer Regierungen erhalten. Wenn die G20 Privatinvestitionen in Afrika erhöhen wollen, müssen sich diese an international vereinbarten Politikzielen orientieren, etwa der Agenda 2030 oder dem Pariser Klimaabkommen.
- Auch nach der Entscheidung des US-Präsidenten, die USA aus dem Pariser Klimaschutzabkommen und damit aus dem globalen Konsens zur Begrenzung des Klimawandels zurückzuziehen, bleibt der Klimawandel eine der größten Bedrohungen unserer Zeit. Vom G20-Gipfel muss daher ein starkes Signal ausgehen, dass zumindest 19 Länder fest hinter dem Pariser Abkommen stehen. Die G20-Länder müssen außerdem deutlich mehr Engagement beim Klimaschutz zeigen, sich dazu verpflichten, zügig Strategien zur Dekarbonisierung ihrer Wirtschaften vorzulegen, und sich auf ein Enddatum für die Subventionierung der fossilen Energien verständigen. Die reicheren G20-Länder müssen zudem ihre Verpflichtungen und Zusagen zur Unterstützung der ärmeren Länder im Kampf gegen den Klimawandel bekräftigen.
- Die G20-Staaten müssen ihre Nothilfe-Finanzierung massiv aufstocken. Die humanitären Hilfsprogramme für die vier aktuellen Hungerkrisen sind vollständig und umgehend von den G20 zu finanzieren. Zudem müssen die G20 den politischen Druck auf die Konfliktparteien deutlich erhöhen. Nur so besteht eine Chance, die schon jahrelang andauernden Kriege und Konflikte zu beenden, die der ausschlaggebende Faktor für die Hungerkrisen sind.

Im Einzelnen bedeutet das für die G20-Präsidentschaft der Bundesregierung:

Soziale Ungleichheit

Wir leben in einer Welt zunehmender Ungleichheit. Nur acht Personen verfügen über ebenso viel Vermögen wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung (3,6 Milliarden Menschen). Rund 700 Millionen Menschen leben weiterhin in extremer Armut. Diese extreme Ungleichheit ist die Folge einer fehlgeleiteten Politik und eine der größten sozialen und politischen Herausforderungen unserer Zeit. Sie behindert weitere Erfolge in der Armutsbekämpfung, ist ökonomisch unsinnig, trägt zu Abstiegsangst und Politikverdrossenheit bei und bedroht den Zusammenhalt der Gesellschaften.

Die G20-Staaten selbst haben zur dramatischen Zunahme von Ungleichheit beigetragen, und in den meisten G20-Staaten hat die Ungleichheit drastisch

zugenommen. Die Regierungen der G20 stehen in der Pflicht, sowohl in nationalen als auch in internationalen Foren konsequent eine Politik voranzutreiben, die Ungleichheit verringert. Dabei müssen sie systematisch Genderaspekte einbeziehen, um konsequent Geschlechtergerechtigkeit voranzutreiben und Ungleichheit abzubauen.

Hierbei darf die deutsche Präsidentschaft nicht hinter die Bekenntnisse des G20-Gipfels in der Türkei 2015 zurückfallen. Damals wurde Ungleichheit im Abschluss-Kommuniqué als Risiko für den sozialen Zusammenhalt, das Wohlergehen der Bevölkerung sowie als mögliches Risiko für Wirtschaftswachstum und Stabilität anerkannt. Die deutsche G20-Präsidentschaft sollte darauf aufbauen und im Kommuniqué von Hamburg die schwerwiegenden Auswirkungen von Ungleichheit auf den gesellschaftlichen Wohlstand und Zusammenhalt sowie die Risiken für die Stabilität der Weltwirtschaft klar benennen.

Darüber hinaus sollten die Regierungen der G20 sich auf konkrete Maßnahmen verständigen, um Ungleichheit zu bekämpfen. Bisher wurden diesbezüglich vor allem fehlende Beschäftigungsperspektiven diskutiert. Menschenwürdige und gut bezahlte Arbeit ist wichtig, jedoch nicht ausreichend, um sozialer Ungleichheit zu begegnen. Wir brauchen – im globalen Norden und Süden gleichermaßen – eine gezielte Investitionspolitik in öffentliche und soziale Infrastruktur wie Bildung, Gesundheit und soziale Sicherung. Zudem müssen die G20 sich für eine global gerechte Steuerpolitik und die Bekämpfung der Steuervermeidung von Unternehmen und reichen Einzelpersonen einsetzen, sowohl auf nationaler wie auch auf globaler Ebene.

Steuergerechtigkeit

Steuergerechtigkeit ist ein zentrales Instrument, um soziale Ungleichheit zu verringern. Um dies zu erreichen, bedarf es einer **progressiven Steuerpolitik**, die Steuervermeidung eindämmt und dafür sorgt, dass **Konzerne und reiche Einzelpersonen sich angemessen an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligen**. Den G20 kommt bei der Schaffung internationaler Rahmenbedingungen eine zentrale Rolle zu. Mit dem Programm gegen Gewinnkürzung und -verlagerung von Konzernen (Base Erosion and Profit Shifting, BEPS) haben die G20 erste Maßnahmen getroffen, um den Praktiken, mit denen sich Konzerne künstlich arm rechnen, entgegenzutreten. Oxfam begrüßt das Engagement der Bundesregierung, die BEPS-Umsetzung im Rahmen der G20 zu sichern.

Dieses Maßnahmenpaket reicht jedoch nicht aus. Die G20 müssen Maßnahmen ergreifen, damit der ruinöse weltweite Wettlauf um die geringsten Steuersätze beendet wird und auch Entwicklungsländer von den internationalen Reformen profitieren. Den Ländern des Globalen Südens entgehen durch die Steuervermeidung multinationaler Konzerne Schätzungen zufolge mindestens 100 Milliarden US-Dollar jährlich. Geld, das dringend für Bildung, Gesundheit und soziale Sicherung gebraucht wird. An der Erarbeitung zukünftiger internationaler Steuerabkommen müssen die **Entwicklungsländer daher gleichberechtigt beteiligt** werden.

Die G20 sollten sich in Hamburg auf die folgenden Maßnahmen verständigen:

- Auf der Agenda steht, eine neue Schwarze Liste von Steueroasen zu verabschieden. Diese Liste beinhaltet derzeit mit dem Inselstaat Trinidad und Tobago lediglich ein Land – sie ist also quasi leer. Das zeigt: Minimale

Transparenzkriterien reichen nicht aus. Wir brauchen eine effektive Schwarze Liste, die auch diejenigen Länder umfasst, die mit extrem niedrigen Steuersätzen für Konzerne den ruinösen weltweiten Steuerwettlauf anheizen. Die Länder auf einer solchen Liste müssen mit wirkungsvollen Sanktionen belegt werden.

- Die G20 müssen den ruinösen weltweiten Steuerwettlauf endlich als Problem anerkennen. Oxfam fordert daher die Bundesregierung auf, das Thema auf die G20-Agenda zu setzen. Die bisherigen Maßnahmen gegen Verlagerungen von Konzerngewinnen reichen nicht aus – erst recht nicht, wenn weltweit die Steuersätze für Konzerne gesenkt werden. Die G20 sollten sich auf ein konkretes Programm zur Eindämmung des Steuerwettlaufs verständigen – inklusive der Frage, wie internationale Mindeststandards für Unternehmenssteuersätze vereinbart werden können.
- Eine gerechte Steuerpolitik erfordert echte Transparenz. Die G20 müssen Konzerne darauf verpflichten, zukünftig für jedes Land, in dem sie tätig sind, Gewinne und darauf gezahlte Steuern zu veröffentlichen. Nur so kann die Öffentlichkeit nachvollziehen, ob Konzerne ihren fairen Beitrag zum Allgemeinwohl leisten. Deutschland muss hier im Kreis der G20 eine Führungsrolle einnehmen. Stattdessen blockiert die Bundesregierung vehement eine europäische Regelung zu einer solchen öffentlichen länderbezogenen Berichterstattung von Konzernen.

Entwicklungsfinanzierung

Die G20 wollen mit den sogenannten „Compacts with Africa“ Privatinvestitionen in afrikanischen Ländern fördern. Oxfam bezweifelt die Wirksamkeit der Initiative, da sie keinerlei verbindliche Sozial- und Umweltbestimmungen für Investitionen enthält und sich nicht an Prinzipien für die Wirksamkeit von Investitionen ausrichtet (vgl. dazu „Privatinvestitionen und wirtschaftliche Entwicklung“, S. 8). Verstärkt wollen die Industrieländer im Kreis der G20, wie z.B. Deutschland, Gelder der Entwicklungshilfe für die Förderung von Privatinvestitionen nutzen, z.B. in Form von Public-Private Partnerships (PPPs).

Oxfam fordert:

- Die G20-Länder müssen sicherstellen, dass Entwicklungsgelder, die zur Förderung von Privatinvestitionen genutzt werden, nach den gültigen Prinzipien für Entwicklungswirksamkeit eingesetzt werden. Dazu gehört, dass sie dem Erreichen der Nachhaltigen Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals, SDGs) sowie der Ziele des Pariser Klimaabkommens dienen. Dazu gehören aber auch die Eigenverantwortlichkeit der Regierung im Investitionsland, Transparenz über die Mittelverwendung und die Finanzflüsse, Rechenschaftspflicht gegenüber der Bevölkerung sowie Resultate bei der Armutsbekämpfung.
- Die G20-Länder sollten sicherstellen, dass Entwicklungshilfe vor allem dem Kampf gegen soziale Ungleichheit und Armut dient und dass viel mehr in den Aufbau *öffentlicher* Systeme in den Bereichen Bildung, Gesundheit und soziale Sicherung, der Anpassung an den Klimawandel sowie in die Unterstützung von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern fließt. So können auch die ärmeren Bevölke-

rungsgruppen Zugang zu diesen Dienstleistungen bekommen. Die Privatisierung dieser sozialen Grunddienste lässt die armen Bevölkerungsteile außen vor.

- Im Bildungsbereich bedeutet dies, dass sich die G20 für eine Stärkung der **Globalen Bildungspartnerschaft (Global Partnership of Education, GPE)** einsetzen und dies durch entsprechende finanzielle Verpflichtungen bei der anstehenden Wiederauffüllungskonferenz untermauern müssen. Sie sollten zudem die **Education Cannot Wait Initiative** unterstützen, um das Recht auf Bildung in Krisen und Konflikten zu schützen. Neue Initiativen müssen mit den bereits bestehenden im Einklang stehen.
- Die Industrieländer unter den G20-Staaten müssen sicherstellen, dass sie möglichst schnell ihre Zusage erfüllen, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) für Entwicklungshilfe aufzubringen. Sie müssen die Unterstützung für die ärmsten Länder (Least Developed Countries, LDCs) erhöhen und die 0,7-Marke ohne die Einrechnung von Ausgaben für in das Geberland geflüchtete Menschen erreichen. Dies gilt insbesondere auch für Deutschland.
- Die G20 sollten die Einführung einer globalen Finanztransaktionssteuer wieder auf die Agenda setzen. Die Steuer wäre ein Beitrag zur Eindämmung exzessiver Spekulation an den Finanzmärkten und würde ihrer Stabilisierung dienen. Ihre Einnahmen sollten dem Kampf gegen die weltweite Armut und Ungleichheit sowie dem internationalen Klima- und Umweltschutz dienen.

Klimapolitik

Der Klimawandel ist eine der größten Bedrohungen unserer Zeit. Stürme, Dürren oder Überschwemmungen lassen die Ernten zurückgehen, richten verheerende Zerstörungen an und erodieren die Lebensgrundlagen von Millionen von Menschen. Der Klimawandel hat das Potenzial, die mühsam erreichten Fortschritte im Kampf gegen die weltweite Armut zunichte zu machen und das Rad der menschlichen Entwicklung zurückzudrehen.

Umso größer ist daher die Bedeutung des **Pariser Klimaschutzabkommens**. Es zielt darauf ab, die globale Erwärmung auf deutlich unter 2°C bzw. auf unter 1,5°C zu begrenzen und verpflichtet alle Länder, in regelmäßigen Abständen **Klimaschutz-Selbstverpflichtungen** einzureichen und über deren Umsetzung **Rechenschaft** abzugeben. Das Abkommen verpflichtet zudem die reichen Länder zur fortgesetzten **Unterstützung der ärmeren Länder** bei der klimafreundlichen Entwicklung und der Bewältigung der Folgen des Klimawandels. Ende 2016 trat das Abkommen in Kraft. Allerdings sind die gegenwärtigen Selbstverpflichtungen der Länder größtenteils völlig unzureichend und machen derzeit eine Erwärmung um 3-4° wahrscheinlich. Dabei wäre deutlich ehrgeiziger Klimaschutz technologisch und wirtschaftlich ohne weiteres möglich, nicht zuletzt wegen der sinkenden Preise für die erneuerbaren Energien.

Trotzdem hat US-Präsident Donald Trump nun entschieden, die USA aus dem Pariser Klimaschutzabkommen und damit aus dem globalen Konsens zur Begrenzung des Klimawandels zurückzuziehen. Diese Entscheidung steht nicht nur gegen die Mehrheitsmeinung der US-Bürger, sie ist zudem auch in ökonomischer Hinsicht kurzsichtig und stellt die USA ans Ende einer Transformationsbewegung, die in den kommenden Jahren an Fahrt gewinnen wird.

Auch wenn Deutschland fest hinter dem Pariser Abkommen steht, handelt die Bundesregierung widersprüchlich. Der Ausbau der **erneuerbaren Energien** wird abgewürgt, obwohl er beschleunigt werden müsste. Außerdem verschleppt die Bundesregierung den **Ausstieg aus der klimaschädlichen Kohle** und behindert damit den dringend nötigen Strukturwandel etwa in den Braunkohleregionen.

Dennoch muss die deutsche G20-Präsidentschaft ein ehrgeiziges G20-Paket zum Klimaschutz durchsetzen:

- Vom G20-Gipfel muss ein starkes Signal ausgehen, dass zumindest 19 Länder fest hinter dem Pariser Abkommen stehen. Dem US-Präsidenten muss deutlich gemacht werden, dass er mit seiner Haltung die USA auf die Verliererseite stellt.
- Die G20-Länder müssen sich außerdem zu deutlich mehr Engagement beim Klimaschutz bekennen. Die derzeit vorliegenden Klimaschutzziele reichen nicht aus, um die globale Erwärmung auf deutlich unter 2°C bzw. auf maximal 1,5°C zu begrenzen. Zum Gipfel müssen sich die G20-Länder nicht nur zu einer konsequenten Umsetzung des Pariser Abkommens bekennen, sondern anerkennen, dass die derzeitigen Anstrengungen nicht ausreichen und nachzubessern sind, und sich zudem verpflichten, zügig ehrgeizige Langfriststrategien für die Dekarbonisierung ihrer Wirtschaften vorzulegen.
- Nach wie vor subventionieren die G20-Länder fossile Energien mit Milliardenbeträgen. Derartige Subventionen torpedieren die Umsetzung des Pariser Abkommens, weil sie die fossilen Energien künstlich verbilligen. Knappe öffentliche Gelder sollten besser in den konsequenten Ausbau der erneuerbaren Energien gesteckt werden und dabei auch das Ziel verfolgen, in Armut lebenden Menschen Zugang zu Energie zu sichern. Schon 2009 beschlossen die G20 prinzipiell den Abbau der Subventionen für fossile Energien. Auf dem G20-Gipfel sollten die Regierungen nun ein konkretes Datum für ein Ende der Subventionen beschließen.
- Die G20-Länder, insbesondere die reichen unter ihnen, haben wegen ihrer Wirtschaftskraft und ihrer hohen Treibhausgasemissionen eine besondere Verantwortung, die ärmsten und vom Klimawandel besonders bedrohten Länder bei der Bewältigung des Klimawandels finanziell zu unterstützen. Auf ihrem Gipfel müssen die G20 diese Unterstützung bestätigen. Neue Instrumente, wie etwa Klimarisikoversicherungen, können hier eine wichtige Rolle spielen. Die geplante G20-Partnerschaft zu Klimarisikoversicherungen muss aber an den Bedürfnissen der in Armut lebenden Menschen ausgerichtet werden, primär deren Schutz vor künftigen Risiken im Fokus haben und nicht einfach dazu dienen, großen Versicherungskonzernen neue Absatzmärkte in den armen Ländern zu erschließen.

Hungerkrisen

Aktuell leiden Millionen von Menschen weltweit unter Hunger. Besonders stark betroffen sind Menschen in vier Ländern: im Nordosten Nigerias, in Somalia, im Südsudan und im Jemen. Dort leiden schätzungsweise 30 Millionen Menschen unter Hunger; 10 Millionen davon sind besonders schwer betroffen und haben akute Schwierigkeiten, ihren Nahrungs- und Energiebedarf zu decken. Deswegen haben im Frühjahr 2017 die

Vereinten Nationen von dem Risiko gesprochen, dass es im schlimmsten Fall im Laufe des Jahres in den vier genannten Ländern zu einer Hungersnot kommen könnte. Es ist das erste Mal, dass die Vereinten Nationen gleichzeitig vor dem Risiko von vier Hungersnöten gewarnt haben.

Die Regierungen der 20 führenden Industrie- und Schwellenländer, die sich auf dem G20-Gipfel in Hamburg versammeln, tragen eine besondere humanitäre und politische Verantwortung. Die Weltgemeinschaft hat sich bei ihren Zielen für eine nachhaltige Entwicklung dazu verpflichtet, Hunger und Unterernährung dauerhaft zu bekämpfen. Deswegen dürfen die G20 die Gelegenheit nicht ungenutzt verstreichen lassen, die Finanzierungslücken für die vier Hungerkrisen zu schließen, sich für einen besseren humanitären Zugang in den vier Krisen einzusetzen, sich auch mit den zugrundeliegenden Konfliktursachen und möglichen politischen Lösungsansätzen auseinanderzusetzen und dafür zu sorgen, dass die Nothilfe sinnvoll mit langfristigen Entwicklungsansätzen verknüpft wird, die die Widerstandsfähigkeit der Bevölkerung in den betroffenen Gebieten dauerhaft verbessern.

Oxfam fordert die Regierungen der G20 auf,

- **die humanitären Hilfsprogramme für die vier betroffenen Länder vollständig zu finanzieren.** Dafür benötigt die UN insgesamt 6,3 Milliarden US-Dollar in diesem Jahr; besonders dringend sind die 4,9 Milliarden US-Dollar, die für überlebenswichtige Hilfe in den Bereichen Gesundheit, Nahrung sowie Wasser-, Sanitärversorgung und Hygieneaufklärung benötigt werden. Allerdings haben die Geberländer bislang nur Hilfszusagen in Höhe von 2,1 Milliarden US-Dollar (42 Prozent) gemacht. Hier muss dringend nachgelegt werden, und neben den Industriestaaten sind auch die großen Schwellenländer gefordert. Zudem müssen die Hilfszusagen so schnell wie möglich in Hilfsprojekte vor Ort umgesetzt werden. Dazu ist erforderlich, dass die Gelder flexibler als bisher vor Ort eingesetzt werden können;
- **den politischen Druck auf die Konfliktparteien in den vier Ländern zu verstärken, damit die betroffene Bevölkerung einen besseren Zugang zu dringend benötigter Nothilfe erhält.** Alle Behinderungen und Einschränkungen der humanitären Hilfe seitens bewaffneter Akteure müssen aufgehoben werden. Die G20-Staaten sollten politischen Druck auf die Konfliktparteien ausüben, um die **freie Bewegung** der Bevölkerung zu gewährleisten, damit sie Zugang zu Hilfe erlangen kann, ebenso die freie Bewegung von Hilfsgütern und Nahrungsmitteln in den Einsatzgebieten; das Ende **aller Militäroperationen**, die den Zugang von Zivilpersonen zu Hilfe, Nahrung, Wasser und medizinischer Versorgung blockieren; und *last not least* einen besseren Schutz der Bevölkerung und die Einhaltung aller relevanten völkerrechtlichen Standards;
- **dauerhafte politische Lösungen für die Konflikte zu identifizieren und voranzubringen**, die den Hungerkrisen zugrunde liegen. Die G20 müssen dafür stärkeren Druck auf die beteiligten Konfliktparteien ausüben, dauerhafte politische Lösungen anzustreben – und nicht ausschließlich auf militärische Lösungen zu setzen –, indem sie ihre Bereitschaft zu einem sofortigen Waffenstillstand neu bekunden oder bekräftigen und in ernsthafte, **inklusive Friedens- und Dialogprozesse** eintreten. Bei diesen sollten nicht nur die Konfliktparteien miteinander verhandeln, sondern auch die Zivilgesellschaft einbezogen und Vertreter/innen von Frauenrechtsgruppen, traditionellen Führern

und Minderheiten entsandt werden. Die G20 als Plattform können viel mehr als bisher tun, um **Völkerrechts- und Menschenrechtsverletzungen der Konfliktparteien** anzuprangern und ihre eigene Beteiligung in Form von Waffenlieferungen, politischer Unterstützung oder direkter oder indirekter Beteiligung an Kampfhandlungen sofort zu beenden;

- **neben Nothilfemaßnahmen auch schnellstmöglich langfristige Maßnahmen zu ergreifen, damit die Widerstandsfähigkeit der betroffenen Bevölkerungen erhöht wird.** Die oberste Priorität in der aktuellen Situation hat zwar der humanitäre Bedarf. Gleichzeitig müssen aber die Entwicklungsakteure, einschließlich solcher wichtiger Akteure wie die Weltbank, ihren Fokus verstärkt auf Krisenprävention und die Stärkung von Widerstandsfähigkeit legen, damit die zugrundeliegenden Faktoren von Hunger und Unterernährung nach und nach spürbar reduziert werden. Der Fokus von Entwicklungszusammenarbeit muss neu justiert werden und sich stärker auf die Grundlagen von **Ernährungssicherheit** konzentrieren, auf Arbeitsgebiete wie **Krisenprävention** und die **Stärkung der Widerstands- und Anpassungsfähigkeit**. Die Informationen, die **Hunger-Frühwarnsysteme** liefern, müssen schneller in vorbeugende Maßnahmen umgesetzt werden, und **lokale Hilfsakteure** müssen viel mehr in die Planung und die Bereitstellung von Hilfsmaßnahmen einbezogen werden, als das bislang der Fall ist.

Privatinvestitionen und Wirtschaftliche Entwicklung

Die deutsche G20-Präsidentschaft legt einen großen Schwerpunkt auf den afrikanischen Kontinent, leider mit einem falschen Ansatz. Bei ihrer Initiative „Compact with Africa“ geht sie offenbar davon aus, dass Privatinvestitionen ein Wundermittel sind – ein Mittel, das ohne Konsultationen verschrieben werden kann und keine Nebenwirkungen hat. Das ist falsch. Wahlos Investitionen anlocken zu wollen, führt dazu, dass die G20 eher die Wunschliste großer Unternehmen bedienen, als die Rechte und Bedürfnisse der Menschen in Afrika im Blick zu haben.

Sieben der zwanzig ungleichsten Länder der Welt liegen auf dem afrikanischen Kontinent. In Südafrika besitzen die drei reichsten Menschen so viel wie die ärmere Hälfte der Bevölkerung. Diese Ungleichheit lähmt wirtschaftliche Entwicklung. Die Wirtschafts- und Handelspolitik der afrikanischen Länder muss ebenso wie die Sozial-, Gesundheits- und Bildungspolitik direkt darauf abzielen, Ungleichheit abzubauen und Armut zu bekämpfen. Die extreme und kurzfristige Fokussierung der G20 auf das Anreizen privater Investitionen riskiert, diese Ziele zu untergraben, weil sie die Bedürfnisse von Investoren statt die Bedürfnisse in Armut lebender Menschen in den Mittelpunkt stellt.

Es ist deshalb unerlässlich, dass die G20 ihren Ansatz verändern:

- Die G20 müssen anerkennen, dass private Investitionen nicht automatisch dem Wohl der lokalen Bevölkerung dienen oder nachhaltige Entwicklung herbeiführen. Die Regierungen der G20 müssen sich zu Maßnahmen verpflichten, mit denen sie Investitionsströme im Sinne des Pariser Abkommens, der nachhaltigen Entwicklungsziele (Agenda 2030, SDGs) und der afrikanischen Agenda 2063 zu lenken. Sie müssen konsequent darauf achten, dass bei Investitionsprojekten die Prinzipien zur Wirksamkeit von Entwicklungszusammenarbeit (sog. „development

effectiveness principles“) wie Einbeziehung lokaler Bevölkerung, Transparenz und Rechenschaftspflicht umgesetzt werden. Sie müssen sich klar dazu bekennen, dass Investitionen nicht zu Menschenrechtsverletzungen führen dürfen und ihre Politik konsequent daran ausrichten, Menschenrechtsverletzungen zu vermeiden.

- Die G20 müssen anerkennen, dass Privatinvestitionen nur *eine* Säule zur Finanzierung der Nachhaltigen Entwicklungsziele (Agenda 2030, SDGs) sind und entsprechend einen stärkeren Fokus auf „Domestic Resource Mobilization“ und ein Ende der Steuervermeidung und -hinterziehung durch große Unternehmen und reiche Einzelpersonen herbeiführen. Sie müssen dem Privatsektor mehr abverlangen, wenn er Teil der Prozesse zur Erreichung der Nachhaltigen Entwicklungsziele ist und sie müssen sich auf konkrete Ansatzpunkte verständigen, um mehr öffentliche Gelder in die ärmsten Länder der Welt zu bringen.
- Die G20 müssen die wichtige Bedeutung regionaler wirtschaftlicher Integration nicht nur benennen, sondern auch ihre Initiativen entsprechend ausrichten. Die bilateral angelegte „Compact with Africa“-Initiative schwächt regionale Wirtschaftsorganisationen. Sie muss anders ausgerichtet werden, um Regionalorganisationen systematisch eine stärkere Rolle einzuräumen.
- Die G20 und insbesondere die deutsche Präsidentschaft behandeln Privatinvestitionen als ein Mittel gegen Migration. Hier ist es wichtig, dass die G20 anerkennen, dass Migration eine effektive Strategie von Menschen ist, ihre eigene Lebenssituation und die ihrer Familien zu verbessern und dadurch in hohem Maß zu Entwicklung beiträgt – etwas, was empirisch klar belegt ist und was die Staatsschefs explizit anerkannt haben, als sie 2015 die Nachhaltigen Entwicklungsziele beschlossen haben. Die G20 dürfen ihre Wirtschafts- und Entwicklungspolitik nicht daran ausrichten, Migration zu begrenzen. Dies würde die Qualität der Entwicklungspolitik erheblich schwächen, weil es den Fokus auf diejenigen Länder verschiebt, von denen Migrant/innen und Geflüchtete die G20-Länder erreichen, anstatt auf diejenigen Länder, in denen eine Entwicklungszusammenarbeit besonders notwendig wäre oder den größten Effekt hätte. Darüber hinaus erhöht es die Gefahr, dass Entwicklungsgelder genutzt werden, um gegen Migrant/innen vorzugehen, also die entwicklungsförderliche Mobilität von Menschen einzuschränken und das Risiko von Menschenrechtsverletzungen zu erhöhen. Hierbei ist auch notwendig, klar zwischen Migration auf der einen und Flucht auf der anderen Seite zu unterscheiden – bei letzterer ist umso wichtiger, dass die Mobilität von Menschen nicht eingeschränkt wird, damit sie lebensbedrohlichen Situationen entkommen können.

Flucht und Migration

Millionen Menschen auf der Flucht werden weltweit von politisch Verantwortlichen im Stich gelassen. Anstatt Zuflucht und Unterstützung zu bieten, versuchen Regierungen von Ziel- und Transitländern zunehmend, Schutz suchende Menschen am Überqueren ihrer Grenzen zu hindern. Ursache dafür sind häufig kurzsichtige politische Interessen, sodass immer weniger Spielraum für die Verwirklichung fundamentaler Menschenrechte und humanitärer Hilfe besteht. Nötig ist ein verstärkter politischer Wille vor allem der

reichen Länder, die gemeinsame globale Verantwortung wahrzunehmen und für Geflüchtete zum Beispiel geeignete Unterkünfte, faire Asylverfahren sowie Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung und dauerhaften Lebensgrundlagen zu gewährleisten. Die politisch Verantwortlichen müssen daher

- **Rassismus und Fremdenfeindlichkeit entschieden begegnen:** Keine Politik betreiben und sich keiner Rhetorik bedienen, die geflüchtete Menschen und andere Migrant/innen abwertet und auf diese Weise zum Ziel von Gewalt macht sowie ihre Grundrechte einschränkt.
- **Sichere und legale Wege ausbauen:** Menschen auf der Flucht und anderen Migrant/innen mehr legale und sichere Zugangswege bieten, etwa durch humanitäre Aufnahmeprogramme (einschl. Resettlement) für besonders Schutzbedürftige sowie durch die Ausweitung von Familienzusammenführungen und Erteilung von Arbeitsvisa.
- **Faire Asylverfahren gewährleisten:** Strikt geltende völkerrechtliche Verpflichtungen und Standards im Zusammenhang mit Flucht und Vertreibung erfüllen, wie insbesondere die Nicht-Zurückweisung von Schutzsuchenden und die Durchführung von fairen Asylverfahren.
- **Ausreichend Hilfe leisten:** Genügend Gelder, humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit für Flüchtlinge, Binnenvertriebene und andere in Not geratene „Menschen in Bewegung“ bereitstellen. Diese Mittel dürfen nicht an politische Bedingungen zur Verhinderung von Migration geknüpft werden.
- **Auf globaler Ebene für Schutz und Rechte von Geflüchteten eintreten:** Bei den weiteren Verhandlungen zum UN Global Compact on Refugees muss sichergestellt werden, dass die Beschlüsse die gemeinsame Verantwortlichkeit aller Regierungen zum Schutz, zur Unterstützung und zur Aufnahme von Flüchtlingen widerspiegeln und insbesondere die in der Genfer Flüchtlingskonvention festgelegten völkerrechtlichen Standards stärken, anstatt sie zu untergraben.

Geschlechtergerechtigkeit

Eine inklusive und nachhaltige Wirtschaft kann es nicht geben, solange Geschlechtergerechtigkeit nicht ein fundamentaler Bestandteil der Politik und Initiativen der G20 ist. Frauen gehen weltweit überproportional oft schlecht bezahlter Erwerbsarbeit nach und leisten den Großteil unbezahlter Pflege- und Sorgearbeit, bei gleichzeitig minimaler Absicherung. Das wirkt sich auf die Möglichkeiten aus, die Frauen auf dem Arbeitsmarkt haben, auf die Höhe ihres Einkommens und auf die gesellschaftliche Wertschätzung der Arbeit die sie verrichten. Obwohl die G20 die Grundproblematik scheinbar erkannt haben, sind die angestoßenen Maßnahmen immer noch weitgehend gender-blind oder es mangelt dort, wo sie zu mehr Geschlechtergerechtigkeit beitragen könnten, an der tatsächlichen Umsetzung.

Oxfam fordert die G20 auf, die strukturellen Barrieren, die gleichberechtigte wirtschaftliche Teilhabe von Frauen behindern, abzubauen, die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen zu schließen und das Versprechen voranzubringen, den Unterschied in der Erwerbsquote von Frauen und Männern bis zum Jahr 2025 um 25 Prozent zu reduzieren:

- Der eingeschränkte Fokus der G20 auf die Förderung unternehmerischer Tätigkeiten von Frauen ist bei Weitem nicht ausreichend. Er muss erweitert werden und die Ursachen von Ungleichheit, die politische und ökonomische Teilhabe sowie die Rechte von Frauen einschließen.
- Die G20 müssen die Finanzierung für öffentliche Dienste, insbesondere in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Pflege vorantreiben und dafür sorgen, dass das Missverhältnis in Bezug auf die Verteilung unbezahlter Pflege- und Sorgearbeit anerkannt und abgebaut wird, um Frauen gleiche Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu ermöglichen.
- Systematische Gender-Analyse muss ein integraler Bestandteil in Bezug auf die Gestaltung der G20-Agenda und des politischen Frameworks sein, damit Geschlechtergerechtigkeit nicht weiterhin ein reines Lippenbekenntnis bleibt sondern in der Realität gelebt wird.

7./8. Juli: Oxfam im Internationalen Medienzentrum

Oxfam-Expert/innen kommentieren während des G20-Gipfels aktuelle Entwicklungen und Entscheidungen und stehen für **Interviews und Hintergrundgespräche** zur Verfügung. Anfragen koordinieren **Steffen Küßner** (skuessner@oxfam.de, +49-177-8809977) und **Nikolai Link** (nlink@oxfam.de, +49-163-2452142)